Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

277 (25.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 277 — **Freitag, den 25. November 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Der Reichspräsident hat Hitlers Vorschlag, ihn ohne Vorbehalte mit der Regierungsbildung zu betrauen, abgelehnt.

•

Der Reichspräsident hat am Donnerstag abend Parteiführer einzeln empfangen, zunächst Prälat Kaas (Z.). Die Besprechungen gehen am Freitag weiter.

•

Der Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler ist veröffentlicht worden.

*

Die Pressestelle der N.S.D.A.P. veröffentlicht jetzt den Mitte November zwischen Hitler und von Papen geführten Briefwechsel, der den Anstoß der gescheiterten Verhandlungen bedeutete.

*

Im Preußischen Landtag wurde am Donnerstag die Aussprache über die Verfassungsstreitigkeiten zwischen Reich und Preußen durch eine längere Rede des Ministers Hirtsiefer eingeleitet. Die Deutschnationalen verließen während seiner Ausführungen den Saal.

*

Auf den Delbrück-Schächten bei Gleiwitz wurden vier Mann durch Zubruchgehen einer Strecke verschüttet. Ihr Schicksal ist noch unbekannt.

*

Professor Piccard begibt sich im Januar nach den Vereinigten Staaten, um dort Gelder für einen Stratosphärenflug am Nordpol zu sammeln.

Um die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz

Genf, 24. Nov. Ueber die Abrüstungsfrage, die anläßlich der Ratstagung inoffiziell zwischen den Vertretern der Großmächte erörtert worden ist, sind vorläufig keine weiteren Besprechungen vorgesehen. Der deutsche Außenminister hat in seinen bisherigen Unterredungen mit den Vertretern Englands, Amerikas und Italiens für den Wunsch dieser Mächte, Deutschlands Rückkehr zur Abrüstungskonferenz zu erleichtern, volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Die positive Haltung Deutschlands gegenüber der Konferenz kommt darin zum Ausdruck, daß Deutschland die **Vorschläge der Simonschen Rede** — bei aller Kritik im einzelnen — als eine brauchbare **Diskussionsgrundlage über die Gleichberechtigungsfrage** anerkennt. Gleichzeitig muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß es bisher nicht gelungen ist, auch Frankreich, auf dessen Haltung es in der ganzen Frage entscheidend ankommt, für den gleichen Standpunkt zu gewinnen.

Die Lage stellt sich im Augenblick so dar, daß Frankreich seinen Plan, der in vorläufig noch ganz undurchsichtiger Weise die Gleichberechtigung im Rahmen einer allgemeinen Sicherheitsorganisation herbeiführen will, in den Vordergrund stellt und nicht bereit ist, auf den Boden der Simonschen Vorschläge zu treten. **Solange Frankreich bei dieser Haltung bleibt, sind für eine Konferenz der Mächte die logischen Voraussetzungen nicht gegeben**, denn eine derartige Konferenz hätte nur dann Zweck und Sinn, wenn sie auf die allein akute und von allen übrigen Großmächten gewünschte Erörterung der Simonschen Vorschläge beschränkt bliebe. Da noch keine Anzeichen für eine Aenderung der französischen Haltung vorliegen, läßt sich ein Zeitpunkt für diese Konferenz nicht absehen.

Frankreich fordert Behandlung des großen französischen Abrüstungsplans im Hauptausschuß.

T.U. **Genf**, 24. Nov. Der französische Kriegsminister Paul Boncour hat Donnerstag abend nach französischen Mitteilungen Simon, Aloisi, Norman Davis, Henderson, dem Vizepräsidenten der Abrüstungskonferenz, Politis, und dem Berichterstatter Benesch im Auftrage Herriots die Mitteilung gemacht, daß die französische Regierung die Behandlung des großen französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplanes im Hauptausschuß wünsche. Der französische Plan stelle ein einheitliches Ganzes dar und müsse die Verhandlungsgrundlage für die Beratungen der Abrüstungs- und Sicherheitsfragen bilden.

Die französische Regierung hat damit ihren in den bisherigen diplomatischen Verhandlungen wiederholt zum Ausdruck gebrachten Standpunkt von neuem in offizieller Form den Großmächten und dem Büro der Abrüstungskonferenz mitgeteilt. Unter diesen Umständen nimmt man in hiesigen unterrichteten Kreisen nicht mehr an, daß noch während der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundsrates Entscheidungen in der Gleichberechtigungsfrage in irgeneiner Richtung fallen werden. Die bisherigen privaten inoffiziellen Besprechungen zwischen den hier anwesenden Staatsmännern sollen bis Samstag weitergeführt werden. Der deutsche Außenminister wird sich am Samstag früh von Genf nach Berlin zurückbegeben.

Man ist auf deutscher Seite naturgemäß nach wie vor bereit, an einer unverbindlichen Besprechung der fünf Großmächte unter voller Aufrechterhaltung des deutschen Standpunktes weiter teilzunehmen, und hält die Rückkehr des Außenministers in der nächsten Zeit nach Genf für möglich.

Im Laufe des Donnerstag nachmittag fand in den Wandelhallen des Völkerbundes eine viel bemerkte Unterredung zwischen dem deutschen und englischen Außenminister statt.

Hindenburgs Antwort an Hitler

Hitlers Gegenvorschlag abgelehnt

Berlin, 24. Nov. **In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.**

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würden, die herbeigeführt zu haben der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und vor seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel, der im Wortlaut veröffentlicht werden wird.

•

Der Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler

Berlin, 24. Nov. In der **Unterredung**, die am Samstag, den 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr **Hitler**, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, **an dessen Spitze er selbst stände.** Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in **Besprechungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werden. Daher fühle sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen.** Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, den 21. November, vormittags, übergab der Herr **Reichspräsident** daher Herrn Adolf **Hitler** die folgende **formulierte Erklärung:**

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertrete. Ich verstehe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen ihren Gedanken eingehe, so **muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat.** Deshalb ersuche ich Sie als den Führer der stärksten Partei festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden. Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstag abend.

Die bekannten **Voraussetzungen** für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung wurden Herrn Hitler schriftlich formuliert übergeben.

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms — keine Wiederkehr des Dualismus Reich-Preußen —, keine Einschränkung des Artikels 48.

2. Persönlich behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als Vertreter des Reiches und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung."

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

•

Hitlers Rückfragen

In einem Schreiben an den Staatssekretär Dr. Meißner vom gleichen Tage stellte Herr Hitler einige Rückfragen. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

Sehr verehrter Herr Staatssekretär! Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrags vorgenommen. Nach eingehenden Aussprachen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke des mir gewordenen Auftrages einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir **unlösbar erscheinenden Widerspruch.** Ehe ich dazu Stellung nehme und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, **welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Falle im Auge hat.** Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig nötigen parlamentarischen Tolerierung, oder will Seine Exzellenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekanntgegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können. Hinzufügen möchte ich noch, daß Reichskanzler Brüning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde. **Ich selbst habe mich nicht als „Parteiführer" gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen, gründete und organisierte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen, hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bewußt von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten.**

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

(gez.) Adolf Hitler."

•

Dr. Meißners Beantwortung der Rückfragen von Adolf Hitler

Staatssekretär Dr. Meißner beantwortete am Dienstag, den 22. November, die Fragen des Führers der NSDAP., Adolf Hitler:

Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung in folgenden Merkmalen:

1. Das **Präsidialkabinett** — aus der Not der Zeit und dem Versagen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmaßnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Machtvollkommenheit also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Daraus ergibt sich, daß der **Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.**

2. **Das Präsidialkabinet muß überparteilich geführt und zusammengesetzt sein** und ein vom Reichspräsidenten gutgeheißenes, überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur unmittelbaren Einfluß hat. **Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fordernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.**

3. Reichskanzler Brüning hat bei seiner ersten Berufung ein ausgesprochen parlamentarisches, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich **erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verwandelt hat,** als der Reichstag bei der Gesetzgebung versagte, und Herr Brüning sich das Vertrauen des Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hat. Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln.

4. Das Kabinett Papen war ein reines Präsidialkabinett, das nur zurückgetreten ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Bestätigung oder zur Duldung seiner Maßnahmen nicht finden konnte. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diesen Mangel beseitigen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Papen besäße.

5. Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem **Auftrag des Herrn Reichspräsidenten** an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, **nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln. Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Versuch entschlossen, nachdem seine Besprechungen mit den Parteiführern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstage für ein von Ihnen geführtes Kabinet ergeben und Sie selbst in der Besprechung am 19. November die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen gebildete Regierung und für ein dieser zu erteilendes Ermächtigungsgesetz des Reichstages für aussichtsreich gehalten haben.**

Die von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten **„Voraussetzungen"** für eine solche Regierungsbildung stehen mit einer parlamentarischen Lösung nicht im Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in Feststellung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von ihm stets ausgeübten Staatspraxis bisher jedem Kabinett grundsätzliche Forderungen auferlegt. Im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn

Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß gegen diese Forderungen **grundsätzliche Widerstände nicht bestehen.** Falls indessen eine der Ihnen bekanntgegebenen Voraussetzungen des Herrn Reichspräsidenten für die Regierungsbildung sich als entscheidendes Hindernis zur Erreichung einer sicheren Mehrheit erweisen sollten, so würde das **Gegenstand der erbetenen Berichterstattung** über den Erfolg Ihrer Feststellungen sein."

•

Hitlers Gegenvorschlag

Auf dieses Schreiben antwortete Adolf Hitler am 23. November mit der ausführlichen umfangreichen Ablehnung der Bildung einer parlamentarischen Regierung und machte folgenden **Gegenvorschlag:**

1. Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden **ein kurzes Programm** über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.

2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen vierundzwanzig Stunden dem Herrn Reichspräsidenten **eine Ministerliste** vorlegen.

3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst **für das Reichswehrministerium** als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von **Schleicher,** für das Reichsaußenministerium Freiherrn von **Neurath** vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident **ernennt mich darauf zum Reichskanzler** und bestätigt die von mir vorgeschlgenen und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck jene **Vollmachten,** die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie versagt worden sind.

6. Ich verspreche, daß ich unter vollem **Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern** will für die Rettung unseres Vaterlandes.

•

Absage an Hitler

Am 24. November erwiderte Staatssekretär Meißner Herrn Hitler folgendes:

Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich, Ihnen im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung **nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben.** Zu der von Ihnen für diese Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Mehrheitsbildung im Reichstag möglich war. Einen „inneren Widerspruch" in seinem Auftrag vermag der Herr Reichspräsident um so weniger anzuerkennen, als in meinem Schreiben vom 22. November ausdrücklich auf die Möglichkeit einer weiteren Rücksprache hingewiesen war.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines „Präsidialkabinetts" zu übernehmen. (Dann folgt die bekannt amtliche Meldung über die Antwort des Reichspräsidenten.)

3. Nachdem Sie zum lebhaften Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm als auch in Ihrer gestrigen, mit seinem Wissen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichswehrminister General v. Schleicher **jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neu zu bildenden Regierung** — gleichgültig, unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge — **mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.**

Unabhängig hiervon wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebene Erklärung, **daß seine Tür jederzeit für Sie offen stehe und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.**

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Hitler, Ihr sehr ergebener

(gez.) Dr. Meißner.

•

Hitlers letztes Schreiben

Hitler hat am Donnerstag nachmittag an Staatssekretär Dr. Meißner folgendes Schreiben gerichtet:

Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

1. Ich habe nicht den **Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos** gehalten, sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Führung eines **Präsidialkabinetts** verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war, wie im August dieses Jahres, so auch jetzt, bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen mußten erfolglos bleiben weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten.

Es ist daher auch **nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen,** da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinet eine aufbaufähige Kraft zu sehen, und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem **nicht bereit und werde auch in Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes.** Ich fühle mich dabei verantwortlich mit meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weitergehenden Verelendung entgegengeführt wurden.

Im übrigen bitte ich Seiner Exzellenz, dem Herrn Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

(gez.) Adolf Hitler.

*

Das erste Schreiben Hitlers an den Reichspräsidenten

T.U. **Berlin,** 24. Nov. Adolf Hitler hatte in der ersten Besprechung beim Reichspräsidenten am 21. November diesem persönlich ein Schreiben überreicht, in dem er nach Kenntnisnahme der Absicht des Reichspräsidenten, ihn ersuchte, in Verhandlungen mit anderen Parteien einzutreten, ohne daß vorher die Bildung eines neuen Präsidialkabinetts vorgenommen wird, seine Stellungnahme hierzu grundsätzlich auseinandergesetzt hat. Er kam dabei auf den 13. August zu sprechen, auf die rettungslose Isolierung des Kabinetts Papen und dessen Erfolglosigkeit bei dem Versuch einer Rettung unserer Wirtschaft, sowie auf die drohende Gefahr der Bolschewisierung breiter Massen und richtete an den Reichspräsidenten angesichts der neuen Lage die einzige Bitte, ihm zum mindesten das an Autorität und Stellung geben zu wollen, was selbst die Männer vor ihm erhielten, die zu dem großen Wert der Autorität und der Bedeutung des Namens Hindenburg ihrerseits nicht soviel mitbringen konnten wie er, Hitler. „Denn", so fährt Hitler in diesem Brief fort, „wenn ich schon gezwungen bin, der Verfassung wegen für die legale Tätigkeit der kommenden Regierung um Parteien zu werben, dann bringe ich doch, Herr Reichspräsident, selbst die allergrößte Partei mit. Mein eigener Name aber und die Existenz dieser größten deutschen Bewegung sind Pfänder, die durch einen ungünstigen Ausgang unseres Einsatzes vernichtet werden müssen. Dann aber, Herr Reichspräsident, sehe ich hinter uns nicht eine Militärdiktatur, sondern das bolschewistische Chaos. Sollte aber die Absicht bestehen, nunmehr überhaupt zu rein altparlamentarischen Regierungsformen zurückzukehren, dann müßte meiner Ueberzeugung nach dieses Wollen Ew. Exzellenz offen bekanntgegeben werden. In diesem Falle aber bitte ich ehrerbietigst, auf die weitgehenden Folgen eines solchen Entschlusses hinweisen zu dürfen. Ich würde dies auf das Tiefste bedauern. Ich darf daher zusammenfassend Ew. Exzellenz bitten, diese meine Gründe würdigen zu wollen und von einem solchen Versuch der Lösung der Krise abzusehen."

*

Empfang der Parteiführer bei Hindenburg

Berlin, 24. Nov. Die Parteiführer, die am Donnerstag abend von Hindenburg empfangen werden, sind die Abgeordneten Kaas, Hugenberg, Schäffer und Dingeldey. Der Empfang dient der Unterrichtung über den Ausgang der Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler und der Besprechung der jetzt notwendig werdenden Schritte des Reichspräsidenten.

*

Empfang des Prälaten Kaas durch den Reichspräsidenten

Berlin, 24. Nov. Der Herr Reichspräsident empfing am Donnerstag den Führer des Zentrums, Prälat Kaas, zu einer Aussprache über die Frage der **Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag;** die Besprechung wird am Freitag nachmittag fortgesetzt werden.

Das Ergebnis des Besuches von Prälat Kaas bei Hindenburg.

T.U. **Berlin,** 24. Nov. Wie die Telegraphen-Union aus unterrichteten Kreisen hört, handelte es sich bei dem Empfang des Prälaten Kaas durch den Reichspräsidenten darum, daß der Reichspräsident, nachdem die Verhandlungen mit dem Führer der größten Reichstagsfraktion gescheitert sind, nun auch noch mit dem Führer der zweitgrößten Fraktion von denjenigen Parteien, die für die nationale Konzentration in Frage kommen, die Fühlung aufnehmen wollte, um mit ihnen darüber zu beraten, ob nicht doch noch eine Möglichkeit besteht, diese nationale Konzentration zu verwirklichen. Der Reichspräsident dürfte mit Kaas darüber gesprochen haben, ob dieser es noch für möglich hält, im Reichstage eine Mehrheitskoalition zustande zu bringen, und dürfte gefragt haben, ob Kaas es sich zutraue, für diese Aufgabe eine vermittelnde Rolle zu übernehmen. Kaas hat bereits bei dem ersten Empfang durch Hindenburg den Standpunkt vertreten, daß eine Mehrheit im Reichstag gebildet werden könnte, und es ist anzunehmen, daß er auch heute noch an diese Möglichkeit glaubt.

Wie man hört, hat er dem Reichspräsidenten noch keine endgültige Antwort auf seine Frage gegeben; er wird sich erst noch mit seinen Parteifreunden beraten, vielleicht auch noch kurz mit den anderen Parteiführern Rücksprache nehmen und erst am Freitag seine Antwort dem Reichspräsidenten übermitteln. Die direkten Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und den Nationalsozialisten sind zwar abgebrochen, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie jetzt auf dem Wege über die Vermittlung durch Kaas doch noch wieder in Gang kommen, wenn man auch in politischen Kreisen die Endaussichten für etwaige derartige Bemühungen von Kaas ziemlich ungünstig beurteilt.

Kaas will eine nationale Konzentration versuchen.

T.U. **Berlin,** 24. Nov. Wie die Telegraphen-Union erfährt, steht man in Zentrumskreisen auf dem Standpunkt, daß, nachdem Hitler Verhandlungen über die Bildung einer nationalen Konzentration überhaupt nicht geführt habe, der Versuch zu einer Sammlung der aufbaufähigen Kräfte im Volke unter allen Umständen gemacht werden müsse. Demzufolge werde auch Prälat Kaas diese Aufgabe übernehmen. Es sei jedenfalls ausgeschlossen, daß der bisherige Regierungskurs noch weiter fortgeführt werden könne, da sich das bisherige Kabinett zu einem ausgesprochenen Kampfkabinett herausgebildet habe, das keinerlei Autorität im Volke besitze und demzufolge auch weder im Inlande noch im Auslande Vertrauen habe. Prälat Kaas wird nunmehr die Fühlung mit anderen Parteien aufnehmen und morgen, Freitag, dem Reichspräsidenten Bericht erstatten.

*

Besprechung Hitler-Hugenberg

T.U. **Berlin,** 24. Nov. Die Reichspressestelle der N.S.D.A.P. teilt mit: Nach vielen Monaten hat neben Besprechungen mit Führern anderer Parteien am Donnerstag auch wieder eine Besprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, stattgefunden.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale) [25

„Mißdeutungen?"

Weltner wiederholte das Wort, als wollte er weiterfragen. Doch dann schwieg er plötzlich. Er hatte verstanden. Er kannte die bösen Zungen der Menschen nur zu gut. Ein finsterer Zug grub sich um seinen Mund. Dann sagte er:

„Wir wollen uns doch nicht um die kleinen Geister kümmern, Frau Bernheim, die in all und jedem etwas finden. Es handelt sich bei meinem Vorschlag eines Vorschusses für Sie auch gar nicht um eine besondere Güte von mir, sondern um eine ganz kühle, kaufmännische Berechnung.

Wenn Sie durch Ihre zu leichte Kleidung sich erkälten und eine ernstliche Erkrankung sich zuziehen, dann fallen Sie als Arbeitskraft aus — und das wäre wirklich sehr fatal für mich, besonders jetzt, wo Sie sich in die schwierige Patentstreitigkeit so gut hineingearbeitet haben. Wenn da erst der Prozeß losgehen und wir die betrügerischen Manipulationen der verehrten Gegenseite aufdecken und variieren wollen, werden wir bis in die Nacht hinein Schriftsätze und Briefe zu erledigen haben. Vielleicht sind Sie dann sogar schon so weit, daß Sie nur auf Stichworte hin mir Briefe entwerfen können, die ich hinterher durchsehe, das wäre schon eine wesentliche Entlastung für mich. Wenn Sie aber krank werden? Dann muß ich erst wieder eine neue Sekretärin einstellen. Das bedeutet einen Aufwand an Kraft und Zeit, der für mich sehr unpraktisch ist. Ich handle also nur aus reinstem Egoismus, wenn ich Ihnen als Chef befehle, sich morgen einen Vorschuß auszahlen zu lassen, der zur notwendigsten Ergänzung Ihrer Wintergarderobe nötig ist. Und damit Ihr Gewissen beruhigt ist, können Sie ja gleich mit dem Bürovorsteher abmachen, in welchen Raten Ihnen dieser Vorschuß vom Gehalt abgezogen werden soll. Aber nicht gleich so, daß Sie wieder auf andere Weise in Schwierigkeiten kommen. — Haben Sie verstanden?"

„Ja!" sagte sie leise. In Edith Bernheims Herzen ging ein süßes, dankbares Glück auf. Wie sorgte der gütige Mann für sie — und wenn es auch nichts weiter war als eine Menschenfreundlichkeit, die er sicherlich einem anderen auch erwiesen hätte; schon die Tatsache, daß sie nach ihrem langen Leidensweg sich einmal umsorgt und behütet fand, daß ein Mensch da war, der an ihrem Schicksal teilnahm, das war ein unverdientes Geschenk vom Himmel.

Sie wollte etwas sagen, danken; aber sie fürchtete, das zu verraten, was sie so tief bewegte und was doch verborgen bleiben mußte — für immer. So gab sie nur, nun an der Haltestelle angelangt, schnell und scheu Weltner die Hand:

„Hier kommt meine Bahn", sagte sie leise. „Vielen Dank für Ihre Begleitung, Herr Rechtsanwalt."

Weltner machte ein enttäuschtes Gesicht.

„Schade! Ich wäre ganz gern noch ein Stück weiter mit Ihnen gegangen. Die Luft tut einem gut und ist so rein und klar — aber es ist viel zu kalt für Sie. Sie sind gewiß auch müde."

Edith Bernheim nickte nur und stieg schnell ein. Oh!, sie hätte stundenlang mit ihm so gehen mögen. Weder Kälte noch Müdigkeit spürend; aber sie konnte ihm das nicht sagen.

Je weniger sie mit dem geliebten Manne außerberuflich zu tun hatte, um so leichter war es, die heimlichen Wünsche immer wieder zum Schweigen zu bringen, die schmerzlich und verlangend in ihr aufstiegen.

Sechzehntes Kapitel.

Mit weichem Ausdruck hatte Weltner der zarten Gestalt nachgesehen. Wie scheu sie war — immer wich sie ihm aus, wenn er einmal etwas Persönliches mit ihr besprechen wollte, so, als wollte sie nichts anderes in ihm sehen, als den Chef, dem sie Rede und Antwort stehen mußte.

Er seufzte leise auf. Rechtsanwalt Weltner hätte gern mehr von ihr gewußt, als er aus den Akten und ihren Erzählungen kannte, als sie noch als seine Klientin zu ihm gekommen.

Aber sie schien durch die schlimmen Erfahrungen, die sie gemacht, so verängstigt zu sein, daß sie überhaupt kein Vertrauen mehr zu einem Manne fassen konnte.

Nur wenn sie mit dem kleinen Ralph zusammen war, dann konnte sie lachen, scherzen und harmlos fröhlich sein wie ein Kind. Wie hing dieser kleine, störrische Bursche aber auch an ihr! Immer sah er das reizende Bild jenes Abends vor sich, als Edith Hand in Hand mit Ralph zu ihm ins Zimmer gekommen. Aber als er gefragt hatte, wie es ihr denn so schnell gelungen wäre, das Vertrauen des kleinen Burschen zu gewinnen, da hatte sie mit einem schelmischen Lächeln, das ihr ernstes Gesicht wundersam licht machte, gesagt:

„Das ist ein Geheimnis zwischen Ralphi und mir — nicht wahr, Ralphi? Das dürfen wir nicht verraten."

Und Ralph hatte den Vater sehr ernst angesehen und gesagt:

„Nein! Das dürfen wir nicht verraten." Seine kleine, zarte Kinderhand hatte die neue Tante dabei nicht losgelassen.

Als sie dann zu dreien zusammensaßen, Ralph auf dem Schoß der neuen Tante, die er durchaus nicht loslassen wollte, war es ein entzückendes Bild gewesen, das Weltner schmerzlich an seine geliebte Maria erinnerte. Mit der gleichen zärtlichen und behutsamen Neigung des Kopfes hatte Maria einst auf ihren kleinen Sohn herabgeschaut, genau so hatte sie den Arm um ihn gelegt, ja, sogar die Stimme, mit der die junge Frau zu dem kleinen Jungen sprach, hatte die gleiche behutsame Wärme, die Marias Stimme besessen.

Jetzt wußte Weltner mit einem Male, warum ihm die junge Edith Bernheim beim ersten Zusammentreffen in seinem Büro so vertraut gewesen — es war die Aehnlichkeit mit Maria, die ihn unmerklich auch an Edith Bernheim angezogen.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg